



## Bahn-, arbeits- und sozialpolitische Ziele der Parteien

# Bundestagswahl 2021: Quo vadis, Bahn?

16

Wahlen

Steigende Luftverschmutzung, ellenlange Staus, starke Lärmbelastung und zahlreiche Unfälle – die aktuelle Situation auf unseren Straßen zeigt: Eine Verkehrswende ist nötiger denn je. Daher widmen die Parteien dem Thema „Mobilität“ in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2021 teils große Passagen. Auch um die europäischen Klimaziele 2030 zu erreichen, soll Mobilität künftig nachhaltig, ressourcenschonend, vernetzt und bezahlbar werden. Dem Verkehrsträger Schiene räumen dabei fast alle Parteien eine zentrale Rolle ein. Doch wie soll das System Schiene künftig aufgestellt werden? Und welche sozial- und arbeitspolitischen Maßnahmen möchte das politische Berlin für die Beschäftigten im Eisenbahnsektor ergreifen? Die GDL hat hierzu bei allen im Bundestag vertretenen Parteien Wahlprüfsteine eingereicht. CDU/CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben geantwortet. Die AfD hat sich enthalten.



### Thema „Bahnreform 2.0“

Zu einer Reform des DB-Konzerns äußern sich CDU/CSU nicht. Allerdings teilen sie mit, den Schienenverkehr mit dem Deutschlandtakt stärken zu wollen. Mit einem attraktiven Angebot der Deutschen Bahn wollen CDU/CSU maximale Synergien bei Güter- und Personenverkehr in unserem Schienensystem nutzen. Um das Schienennetz zukunftsfest zu

machen, Lücken zu schließen, Strecken zu elektrifizieren und mehr Kapazitäten zu schaffen, wollen sie mehr in den bedarfsgerechten Infrastrukturausbau investieren. Weiter soll der kombinierte Verkehr mit multimodalen Terminals ausgebaut und das Bundesprogramm „Zukunft Schienengüterverkehr“ ausgeweitet werden.

### Thema „Mitbestimmung“

CDU/CSU wollen, dass die Arbeitnehmer auf eine verlässliche Mitbestimmung setzen können und möglichst viele Beschäftigte durch Betriebs-

und Personalräte vertreten werden. Dafür möchten sie in der kommenden Legislaturperiode die Mitbestimmungskultur erhalten und Mitbestimmungsrechte sichern. Konkrete Maßnahmen nennen sie allerdings nicht.

### Thema „Sicherheit“

In Zügen und auf Bahnhöfen möchten CDU/CSU mehr Polizisten einsetzen. Überall in Deutschland soll mithilfe einer lagebildabhängigen Schleierfahndung kontrolliert werden dürfen. An öffentlichen Gefahrenorten soll zudem der Video-

schutz weiter ausgebaut werden. Um die Fahndung nach schweren Straftätern, Gefährdern und Terroristen zu verbessern, wollen CDU/CSU die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die automatisierte Gesichtserkennung an Bahnhöfen eingesetzt werden kann.

### Thema „Koalitionsfreiheit und Tarifbindung“

Beim Thema Tarifbindung sehen CDU/CSU zuallererst die Tarifpartner in der Pflicht. Jedoch möchten sie diesen in Zukunft möglichst großen Spiel-

raum in der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen leistet laut CDU/CSU einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tarifgeltung in Branchen mit geringer Tarifbindung. Dieses Instrument möchten sie stärken.

### Thema „Rente und Altersteilzeit“

CDU/CSU sprechen sich nicht für Altersteilzeit aus, sondern wollen den Menschen helfen, das tatsächliche Regelrenteneintrittsalter von 67 Jahren zu erreichen. Daher sehen sie es als nötig, die medizinische und berufliche Rehabilitation zu stärken, um die Leistungsfähigkeit der Versicherten – nach Krankheit oder Unfall – wieder vollständig herzustellen.

### Thema „Fachkräftemangel und Aus-/Fortbildung“

CDU/CSU wollen das Berufsbildungsgesetz weiterentwickeln und analog zum Weiterbildungssystem in der Schweiz prüfen, inwieweit durch die Einführung eines Punktesystems das Verfahren insgesamt transparenter, vergleichbarer und flexibler anwendbar gemacht werden kann.



### Thema „Bahnreform 2.0“

Die SPD sieht ein: Die DB AG muss sich wieder auf ihr eigentliches Kerngeschäft, den Transport von Fahrgästen und Gütern, besinnen. Eine grundlegende Reform des Bahnkonzerns mit einer Trennung von Netz und Betrieb lehnt sie allerdings kategorisch ab mit der Begründung: Eine derartig gro-

ße Transformation würde zu viele Kräfte bündeln, die dann wiederum bei dem Infrastrukturausbau oder der Umsetzung des Deutschlandtakts fehlen würden. Für einen Wechsel der Gesellschaftsform des Konzerns zeigt sich die SPD allerdings diskussionsbereit.

Weiter möchte die Partei Impulse zur Stärkung des Eisenbahnsystems als Ganzes setzen. Dazu möchte sie einerseits massiv in den Schienenausbau, die Digitalisierung und Modernisierung investieren sowie das Eisenbahnregulierungsgesetz novellieren. In Letzterem sieht die SPD unter anderem vor, die Grundlagen für den Deutschlandtakt zu verankern und dabei die Ergebnisse der ersten Testfelder mit Blick auf Systemtrassen und Taktfahrpläne umzusetzen.

### Thema „Mitbestimmung“

Betriebliche Teilhabe und Mitbestimmung sind das Steckpferd der Sozialdemokraten und so möchten sie sich auch in der kommenden Legislaturperiode für deren Stärkung einsetzen. Hierfür soll zunächst der Betriebs- und Arbeitnehmerbegriff neu definiert und die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates über den Einsatz von „Fremdpersonal“ ausgebaut werden. Angesichts der fortschreitenden Arbeitswelt 4.0 sollen weiter auch die Mitbestimmungsrechte beim technologischen Wandel ausgeweitet werden. Wie dies konkret aussehen soll, hat uns die Partei allerdings nicht verraten.

### Thema „Sicherheit“

Seit Jahren nehmen psychische und physische Übergriffe auf Zugpersonal und Fahrgäste zu. Allein im Jahr 2020 wurden GDL-Mitglieder bei der DB AG über fünfmal täglich angegriffen. Die SPD möchte diesen Gewalttaten mit einer stärkeren Präsenz von Bundespolizei

und Sicherheitskräften in den Zügen, einem größeren Einsatz von Videoüberwachung an Bahnhöfen sowie verpflichtenden Sicherheitstrainings für das Zugpersonal begegnen.

### Thema „Koalitionsfreiheit und Tarifbindung“

Geht es nach der SPD, so sollen öffentliche Aufträge und Fördergelder künftig lediglich an Unternehmen vergeben werden, die Tarifverträge anwenden. Auf diese Weise möchte sie Lohndumping und Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken. Eine stärkere Tarifbindung erhoffen sich die Sozialdemokraten zudem, indem tarifgebundene Unternehmen weniger besteuert, die Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtert sowie die Festsetzung tarifgeschützter Branchenmindestlöhne auf Basis des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gefördert werden.

### Thema „Rente und Altersteilzeit“

Die SPD möchte flexible Übergänge aus dem Arbeitsleben in die Rente weiter unterstützen, doch für einen gesetzlichen Anspruch auf Altersteilzeit spricht sie sich nicht aus. Auch an der Regelaltersgrenze möchte sie nichts verändern.

Allerdings sollen die Anrechnung von Zusatzeinkommen bei Bezug einer vorzeitigen Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze weitgehend beseitigt werden und langjährig Versicherte auch weiterhin nach 45 Beitragsjahren zwei Jahre vor Erreichen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in Rente gehen können.

### Thema „Fachkräftemangel und Aus-/Fortbildung“

Die Bahnbranche muss gerade für junge Menschen attrakti-

ver gestaltet werden. Dafür fordert die SPD von den Bundesländern mehr eisenbahnspezifische Ingenieurstudiengänge an Fachhochschulen. Weiter möchte sie branchenfremden, qualifizierten Beschäftigten den Quereinstieg erleichtern, indem rechtliche Hürden bei Umschulungen abgeschafft werden.

Zudem begrüßen die Sozialdemokraten die Ausbildungs- und Einstellungsoffensive der DB AG, die sie in der kommenden Legislatur weiterhin tatkräftig unterstützen wollen. Denn sie glauben, dass sich diese positiv auf den gesamten Eisenbahnmarkt auswirken kann.



### Thema „Bahnreform 2.0“

Wer hätte es gedacht: Die Grünen sehen die Bahn als DAS Rückgrat einer nachhaltigen Verkehrswende. Daher planen sie, massiv in den Schienenverkehr zu investieren, Takte im Regionalverkehr zu verdichten, stillgelegte Bahnstrecken zu reaktivieren und den Zugverkehr wieder stärker in die Fläche zu bringen. Auch eine zügige Umsetzung des Deutschlandtakts ist ihnen wichtig.

Weiter möchten die Grünen die bundeseigene Infrastruktur vom Druck, Gewinne erzielen zu müssen, und von der chronischen Unterfinanzierung befreien. Den DB-Konzern wollen sie transparenter und effizienter gestalten und auf das Kerngeschäft ausrichten. Wie sie dies realisieren möchten, ob mit einer klaren Trennung von Netz und Betrieb oder nicht, lassen sie offen.

## Thema „Mitbestimmung“

Der Wandel der Arbeitswelt, die Digitalisierung und ökologische Transformation – diese Herausforderungen lassen sich, laut den Grünen, nur gemeinsam mit den Beschäftigten erfolgreich gestalten. Daher müsse die betriebliche Mitbestimmung modernisiert und ausgebaut werden. Betriebs- und Personalräte sollen künftig besser geschützt werden und mehr Mitbestimmungsrechte erhalten, so etwa bei Personalentwicklung, Standortverlagerung, Weiterbildung, Stärkung von Frauen und Vielfalt sowie bei der Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen. Weiter sieht die Partei vor, die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat bereits in Unternehmen mit mehr als 1 000 Beschäftigten einzuführen.

Zuletzt möchten sie sich für ein verpflichtendes Schlichtungsverfahren einsetzen, wenn sich unternehmerische Entscheidungen besonders stark auf die Beschäftigten auswirken.

## Thema „Sicherheit“

Das Thema Sicherheit sehen die Grünen vordergründig beim Arbeitgeber verankert. Dessen Aufgabe sei es, gemeinsam mit Betroffenen und Betriebsräten passende Vorsichtsmaßnahmen zu eruiieren und umzusetzen. Außerdem müsse im Kontext des Bahnverkehrs die zuständige Bundespolizei ihre Aufgaben zur Gefahrenabwehr konsequent zum Schutz von Zugpersonal und Fahrgästen wahrnehmen.

## Thema „Koalitionsfreiheit und Tarifbindung“

Zum Thema Tarifeinheitsgesetz trifft die Partei eine klare Aussage: „Es ist aus unserer Sicht kontraproduktiv und im höchsten Maße überflüssig.“

Die Grünen werden sich weiter für dessen Rücknahme einsetzen und hoffen diesbezüglich auch im Bundestag auf neue Mehrheiten beziehungsweise neue Einsichten bei anderen Fraktionen.

Um die Tarifbindung zu stärken, möchten die Grünen die gesetzlichen Rahmenbedingungen an mehreren Stellen nachbessern. Hierzu gehöre ein Bundestariftreugesetz, ein Erschweren von Tariffucht bei Betriebsübergängen sowie eine erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen. Zudem fordern sie ein Verbandsklagerecht und eine bessere steuerliche Anrechnung von Gewerkschaftsbeiträgen.

## Thema „Rente und Altersteilzeit“

Grundsätzlich sehen die Grünen einen früheren Rückzug aus dem Arbeitsleben ohne gesundheitliche Notwendigkeit kritisch. Allerdings sollen Löhne und Gehälter ausreichend attraktiv und die Arbeitsbedingungen altersgerecht gestaltet sein. Dazu gehören auch Arbeitszeitarangements, die zur jeweiligen Lebensphase passen.

## Thema „Fachkräftemangel und Aus-/Fortbildung“

Ziel der Grünen ist es, die berufliche Bildung zu stärken und deren Attraktivität zu erhöhen. Dafür sollen Jugendberufsagenturen ausgebaut werden und jeder Auszubildende einen verbindlichen Anspruch auf einen Ausbildungsplatz bekommen.

Weiter möchten die Grünen die beruflichen Schulen dauerhaft bei der Digitalisierung unterstützen.

Im Bereich der Hochschulen soll unter anderem die hochschulische Weiterbildung gestärkt werden: Jeder Beschäftigte soll ein Recht auf Weiterbildung haben, das es

ihm ermöglicht, sich beruflich zu qualifizieren. Hierfür wäre laut der Grünen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld, ein Weiterbildungs-BAföG sowie die Möglichkeit zur Bildungsfreistellung vonnöten.



## Thema „Bahnreform 2.0“

Trennung von Netz und Betrieb – dies fordern die Freien Demokraten. Während der Betrieb der Schiene privatisiert werden soll, soll das Netz im Eigentum des Bundes bleiben. Durch diese organisatorische Trennung könne sich der Bund in Zukunft voll auf die Bereitstellung und Modernisierung der Infrastruktur fokussieren. Auf der Schiene könnten Bahnunternehmen wiederum in Wettbewerb miteinander treten. Kunden würden so von niedrigeren Preisen, mehr Service und einem besseren Angebot im Bahnverkehr profitieren. Auf diese Weise möchte die FDP die Attraktivität der Bahn für mehr Fahrgäste und Gütertransport steigern.

## Thema „Mitbestimmung“

Die Freien Demokraten setzen beim Thema „Mitbestimmung“ ganz auf die Digitalisierung. So soll die dauerhafte und rechtssichere betriebliche Mitbestimmung mittels Video- und Telekonferenzen sichergestellt werden. Auch Betriebsratswahlen sollen künftig nicht mehr nur analog, sondern auch digital durchgeführt werden können.

## Thema „Sicherheit“

Das Thema Sicherheit verankert die FDP voll und ganz bei

der Bundespolizei, von der sie primär eine stärkere Präsenz in Zügen und Bahnhöfen fordert.

## Thema „Koalitionsfreiheit und Tarifbindung“

Aus Sicht der Freien Demokraten muss die Politik den Tarifparteien noch mehr Gestaltungsspielräume bei gesetzlichen Regelungen einräumen. Zusätzliche Anreize zum Verbleib im Flächentarifvertrag seien nötig. Aus diesem Grund spricht sich die Partei klar gegen staatliche Eingriffe in die Tarifautonomie aus. Der Gesetzgeber sollte nur dann aktiv werden, wenn Lücken entstünden.

## Thema „Rente und Altersteilzeit“

Ein flexibles Renteneintrittsalter nach schwedischem Modell – dieses Ziel verfolgen die Freien Demokraten. Dies bedeutet: Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine größere Rente. Wer das 60. Lebensjahr und mit allen Altersvorsorgeansprüchen mindestens das Grundsicherungsniveau erreicht, soll selbst entscheiden dürfen, wann der Ruhestand beginnt. Zuverdienstgrenzen möchte die Partei abschaffen und Teilrenten sollen unkompliziert möglich sein. Dies Sorge zum einen für mehr finanzielle Stabilität, da Menschen im Schnitt länger im Beruf bleiben würden, zum anderen passe ein flexibler Renteneintritt besser zu vielfältigen Lebensläufen. Erwerbsminderungsrenten gilt es laut der FDP zu stärken, denn wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten könne, bräuchte eine starke Unterstützung.

## Thema „Fachkräftemangel und Aus-/Fortbildung“

Laut FDP soll die berufliche Bildung in unserer Gesell-

schaft den gleichen Stellenwert wie die akademische Bildung erlangen. Damit dies gelingen kann, soll eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung ins Leben gerufen werden. Weiter soll ein Zentrum für digitale Berufsbildung die berufsbildenden Schulen und ausbildende Betriebe bei der Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote zur Seite stehen.

Auch sehen die Freien Demokraten vor, Talenten der beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium zu ermöglichen. Neben einer finanziellen Unterstützung sei die Öffnung der idealen Förderung für Stipendiatinnen und Stipendiaten aus der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Bedeutung.

Hochschulen möchte die Partei stärker für die akademische Weiterbildung und für Lehrgänge jenseits der Erstausbildung öffnen. Aufgrund rechtlicher und finanzieller Hürden beschränken Hochschulen ihr Weiterbildungsengagement derzeit zumeist auf ausgewählte Ausgründungen und Business Schools. Instrumente zur Studienfinanzierung stehen im Regelfall nur für jüngere Altersgruppen zur Verfügung. Im fairen Wettbewerb mit den Angeboten privater Hochschulen sollen künftig die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, um Hochschulen zu Bildungseinrichtungen für das ganze Leben weiterzuentwickeln.

Darüber hinaus sieht die FDP vor, ein „Midlife-BAföG“ von bis zu 1 000 Euro im Jahr einzuführen. Zudem soll in einem persönlichen Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden.

## DIE LINKE.

### Thema „Bahnreform 2.0“

Die Linke spricht sich gegen eine Trennung von Netz und Betrieb der DB AG aus. Doch eine Veränderung hält die Partei dennoch für notwendig: Der integrierte Konzern in öffentlicher Hand dürfe nicht länger auf Bilanzgewinne ausgerichtet sein, sondern müsse gemeinwohlorientiert arbeiten. Hierfür müsste die Politik der Deutschen Bahn politische Ziele vorgeben, denn letztlich gehe es um einen flächendeckenden, zuverlässigen, klimafreundlichen und bezahlbaren Verkehr für alle Menschen und Güter im Land. Dafür sei der Deutschlandtakt ein zentraler Baustein, dessen Umsetzung die Linken entschieden vorantreiben möchten. Hierfür solle man sich an dem Bahnsystem der Schweiz orientieren und dabei eine noch stärkere Mitbestimmung von Umwelt- und Fahrgastverbänden sowie Beschäftigten umsetzen.

### Thema „Mitbestimmung“

Die Gründung von Betriebsräten möchte Die Linke in der nächsten Legislaturperiode erleichtern, indem Initiatoren von Betriebsräten besser vor mitbestimmungsfeindlichen Arbeitgebern geschützt werden. In Fällen von „Union Busting“ sei bei erstmaliger Wahl die direkte Einsetzung von Betriebsräten durch das Arbeitsgericht zu ermöglichen. Weiter fordert die Partei die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung auf den Gebieten der Arbeitsorganisation, der Personalbemessung, prekärer Beschäftigung und der Qualifizierung. In den Augen der Linken benötigen Betriebsräte zudem ein Initiativrecht beim Arbeits- und Gesundheitsschutz, der Umsetzung des Datenschutzes sowie der Weiterbildung.

### Thema „Sicherheit“

Für die steigenden Übergriffe auf Zugpersonal und Fahrgäste machen Die Linken in erster Linie die Einsparungen im Eisenbahnpersonal verantwortlich. Neben mehr Personaleinsatz fordern sie aber auch, dass dort, wo es in der Vergangenheit vermehrt zu Übergriffen gekommen ist, das Sicherheitspersonal verstärkt wird.

Ein weiteres Element zur Vermeidung von Übergriffen sei zudem die Vermeidung von Frustration der Fahrgäste, die laut Die Linken zumindest eine der Ursachen für aggressives Verhalten im Zug sei. Daher müsse man an Qualitätsverbesserungen arbeiten, um ausfallende Züge oder Verspätungen zu vermindern – unter anderem durch eine bessere Instandhaltung von Schienennetz und Zügen sowie größere Reservekapazitäten.

### Thema „Koalitionsfreiheit und Tarifbindung“

Für die abnehmende Organisationsmacht der Gewerkschaften macht Die Linke die Deregulierung des Arbeitsmarktes (Leiharbeit, Befristungen, Minijobs, Niedriglöhne und Hartz IV) maßgeblich verantwortlich. Daher fordern sie einen Politikwechsel: Um die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu stärken, wollen sie prekäre Beschäftigung zurückdrängen. Sie wollen Tarifverträge leichter allgemeinverbindlich machen. Dies müsse auf alleinigen Antrag der Gewerkschaften möglich sein. Per Rechtsverordnung sollten zudem auch in Tarifverträgen geregelte Entgelttabellen auf nicht tarifgebundene Unternehmen erstreckt werden können. Mit einem Tariftreuegesetz will Die Linke sicherstellen, dass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die Tariflöhne zahlen. Und: Das Tarifeinheitsgesetz will Die Linke zurücknehmen!

### Thema „Rente und Altersteilzeit“

Die Linke will sich für einen aktiven Arbeits- und Gesundheitsschutz einsetzen, der auch die besonderen Anforderungen von Schicht- und Wechseldiensten arbeitsmedizinisch im Blick behält. Die Rückkehr zum gesetzlichen Anspruch auf Altersteilzeit ist für Die Linke ein Baustein zu einem gesundheitsförderlichen armutsfesten Übergang vom Erwerbsleben ins Rentenalter. Davon abgesehen möchte die Partei die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre zurücknehmen und zur abschlagsfreien Rente mit 65 zurückkehren. Und wer 40 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, soll bereits mit 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

### Thema „Fachkräftemangel und Aus-/Fortbildung“

Um die jungen Menschen für eine Ausbildung in der Bahnbranche zu begeistern, müsse man laut den Linken die Investitionen in den Bahnsektor verstetigen, aber auch das Ausschreibungssystem mit regelmäßigen Betreiberwechseln im Schienenpersonen-nahverkehr überdenken – zum Beispiel halten sie hier Landesbahnen mit der Möglichkeit der Direktvergabe für eine gute Alternative. Die Partei will zudem die öffentlichen Investitionen in die Schieneninfrastruktur dauerhaft um das Fünffache erhöhen, damit der Ausbau des Angebots und eine ökologische Mobilitätswende gelingen und langfristige Berufsperspektiven geschaffen werden. Der Bund solle die Bahnbranche außerdem durch ein entsprechendes Förderprogramm im Bereich Ausbildung unterstützen – besonders auch für Umschulungen aus solchen Branchen, wo im Zuge des Strukturwandels Arbeitsplätze verloren gegangen sind.